

Nr. **XIX. GP.-NR**
574 1J
1995 -02- 0 9

A N F R A G E

der Abgeordneten Ing. Nußbaumer, Böhacker, Haigermoser, KR Schöll, Haller
und Kollegen
an den Herrn Bundeskanzler
betreffend

**Durchforstung "sämtlicher Gesetze und Verordnungen" entsprechend dem
Arbeitsübereinkommen der Bundesregierung: "Aufschwung" - Wirtschaft
und Infrastruktur - Punkt 5. Entbürokratisierung.**

Das gültige Arbeitsübereinkommen der Bundesregierung sieht auf Seite 16 u.a. die
Durchforstung "sämtlicher Gesetze und Verordnungen in allen Bereichen" vor. Es wurde dies
wie folgt formuliert:

"Die Bundesregierung wird die Durchforstung sämtlicher Gesetze und Verordnungen in allen
Bereichen in Angriff nehmen und deren Zweckmäßigkeit bzw. Aktualität überprüfen. Eine
detaillierte Übersicht über jene Gesetze und Verordnungen, die ersatzlos aufzuheben sind, ist
zu erstellen."

Es ist unbestritten, daß die wirtschaftliche Integration in der EU einen verstärkten globalen
Wettbewerb eingeleitet hat und daher die oben zitierte Durchforstung sämtlicher
österreichischer Gesetze und Verordnungen als Maßnahme der Entbürokratisierung im
Interesse unserer Wirtschaft dringend in Angriff genommen werden muß.

Gleichzeitig ist jedoch darauf zu achten, daß die dadurch erfolgenden Änderungen der
Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns in Österreich sich nicht zum Nachteil für die
davon betroffenen Wirtschaftszweige entwickeln.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundeskanzler die
nachstehende

A n f r a g e

1. Wurde mit der im Arbeitsübereinkommen der Bundesregierung versprochenen
Durchforstung "sämtlicher Gesetze und Verordnungen" bereits begonnen?

Wenn ja, in welchen Bereichen und in welchem Umfang ist dies der Fall?

Wenn nein, warum nicht?

2. Wurden (werden) dieser Durchforstung "sämtlicher Gesetze und Verordnungen"
Prioritätsziele vorangestellt?

Wenn ja, welche?

Wenn nein, warum nicht?

3. Werden bei der Durchforstung "sämtlicher Gesetze und Verordnungen" auch die möglichen (negativen) Auswirkungen auf Österreichs Wirtschaft geprüft?
In welcher Form werden diese möglichen Auswirkungen geprüft?
4. Welche begleitenden Maßnahmen sind vorgesehen, damit die österreichische Wirtschaft keine Nachteile aus Gesetzesänderungen oder Gesetzaufhebungen in Kauf nehmen wird müssen?